

Europa und Südostasien

Mit folgendem Interview versuchen wir herauszufinden, wie die europäische Politik gegenüber Südostasien aussieht und wer sie letztendlich bestimmt. Wilfried Telkämper, vormals aktiver Mitarbeiter bei den "Blättern des IZ3W" in Freiburg, ist seit acht Jahren für die "Grünen" Mitglied des Europäischen Parlaments und hat sich bei seiner Parlamentsarbeit insbesondere auch entwicklungspolitischen Fragen und der Region Südostasien zugewandt. Er ist bereits seit 1984 auch Mitglied des Trägervereins der Südostasien-Informationsstelle.

Frage: Gibt es klare Konturen einer EG-Asienpolitik und welches sind die bestimmenden Merkmale?

Wilfried Telkämper:

Mit Blick auf die historische Entwicklung der EG-Kooperationspolitik ist festzustellen, daß am Anfang die Einbindung der afrikanischen (Ex-) Kolonien im Vordergrund stand, da unter den 6 EG-Gründungsmitgliedern die klassischen Kolonialmächte Frankreich und Belgien die wichtigsten Kolonialbindungen eben zu Afrika hatten. So entstand das Yaoundé- und das Mittelmeerabkommen.

Bezüglich Asien stellte sich die Frage einer Gemeinschaftspolitik erst verstärkt mit dem Beitritt Großbritanniens zur EG 1973. Ein Rahmenabkommen wie Yaoundé für die Commonwealth-Länder in Asien konnte Großbritannien gegenüber den alten EG-Mitgliedern nicht durchsetzen. Die Größe der asiatischen Länder galt als Hauptargument dagegen. Nur die AKP-Commonwealth-Länder wurde in die Lomé-Konvention von 1975 übernommen. Stattdessen wurden in den 70er Jahren nach und nach mit den meisten asiatischen Ländern Handels- und Kooperationsabkommen geschlossen, als erstes mit Indien im Jahre 1973. Das erste Abkommen mit ASEAN kam 1980 zustande.

In Bezug auf Finanzausstattung und eingegangene Verpflichtungen standen für die EG eindeutig die Beziehungen zu Afrika und den Mittelmeerländern im Vordergrund. Asien steht an dritter Stelle und erst seit den 80er Jahren verstärkt die EG ihre Aufmerksamkeit für Lateinamerika, was nicht von ungefähr mit den Beitrittsverhandlungen von Spanien und Portugal zusammenfällt. Alle Länder der "Dritten Welt" wiederum fallen in der "Gunst" der Gemeinschaft seit den 90er Jahren hinter Osteuropa zurück. Über ein Drittel der direkt ausgewiesenen EG-Finanzmittel für die Außenbeziehungen gehen nach Osteuropa.

Für Lateinamerika und Asien waren im Vergleich zu Afrika wirtschaftliche Interessen von Anfang an für die Abkommen entscheidender. Dies gilt nochmal

besonders für die südostasiatische Wachstumsregion.

Mit diesem Grobraster hören die Gemeinsamkeiten für den asiatischen Raum jedoch auf: Während die Beziehungen zu den ASEAN-Staaten lange Zeit im Schatten der EG-Kooperationspolitik standen, avancierte zum Beispiel Indien schon bald zum Land mit den höchsten EG-Entwicklungshilfebezügen. Asien wurde also in der Vergangenheit vernachlässigt. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung jedoch zusammen mit Lateinamerika ist es zumindest im Diskurs der EG-Kommission etwas mehr in den Vordergrund gerückt.

Inwieweit decken sich Sonderinteressen der einzelnen EG-Mitgliedsstaaten mit denen der EG-Politik als ganzes?

Da gibt es meiner Meinung nach das Sonderinteresse der Niederlande in Bezug auf Indonesien. Ferner das Sonderinteresse Großbritanniens in Bezug auf Malaysia. Jeweils aufgrund der Kolonialgeschichte. Dann gibt es das Sonderinteresse der BRD als stärkste Exportnation, in den Wachstumsmarkt hineinzukommen und auch entsprechend zu investieren. Die Investitionen entsprechen der Stärke der einzelnen ASEAN-Mitgliedsländer das heißt, daß Singapur weit vor allen anderen Länder liegt. Es folgen Malaysia, Thailand und die Philippinen.

Können sich diese Sonderinteressen im einzelnen auch innerhalb der EG durchsetzen, gibt es bestimmte Trendsetter, wie etwa Genscher nachgesagt wurde, er hätte sich besonders stark für die Beziehungen zu ASEAN eingesetzt, oder ist dies nicht bemerkbar?

Also für uns im Parlament ist das eigentlich nicht bemerkbar. Die entscheidenden Verhandlungen – also auch Wirtschaftsverhandlungen – werden auf der Ratsebene geführt. Der Menschenrechtsaspekt kommt meiner Meinung nach aus machtpolitischen Gesichtspunkten erst in letzter Zeit in die Diskussion. Die Forderungen des Parlamentes werden aber vom Rat kaum aufgenommen. Was sich bei uns widerspiegelt, ist die unterschiedliche Bedeutung bei

der Entwicklungshilfe. Dabei hat die Region eine sehr geringe Bedeutung. Konkret 12 % der europäischen Entwicklungshilfe im Jahr 1987 kamen von der EG und davon floßen etwa 13 % nach Asien. Darunter ist Indien Spitzenreiter, so daß die Länder Südostasiens in dieser Hinsicht kaum eine Rolle spielen.

Auch Vietnam, Kambodscha, Laos und Birma nicht?

Da gibt es jetzt einige Sonderprogramme. Der Versuch, mit Vietnam Beziehungen, aufzunehmen, führte dazu, daß für Vietnam einige neue Projekte aufgelegt werden. Durch eine Parlamentsdebatte wurde angeregt, daß die EG versucht, sich mehr auf politischer Ebene mit Burma zu beschäftigen. Das halte ich aber dann nicht für eine strategische Politik, die die EG hier gemeinsam macht.

Bei den Verhandlungen mit Vietnam ist es zum Beispiel offensichtlich, daß hier wieder die alten kolonialen Interessen und Bindungen zu Vorschein kommen. Es war vor allen Dingen Cheysson, der sich hervorgetan hat, das Eis zwischen der EG und Vietnam zu brechen. Wir haben mit einer kleinen Gruppe linker Politiker Kontakt zu den Reformkräften Vietnams aufgenommen, um dann durch das Parlament weitere Beziehungen knüpfen zu können.

Mit welchen politischen Kreisen in Vietnam wollt ihr denn als Parlamentarier verhandeln, wenn nicht auch mit der Regierung?

Wir haben gesagt, wir müssen erst einmal einen Dialogprozeß initiieren. Mit diesem Prozeß wollten wir Formen der inneren Opposition – wo möglich – unterstützen. Außerdem wollten wir einen anderen Aspekt in unserer Südostasienpolitik – den Schutz der Regenwälder – vorantreiben. In Vietnam gibt es noch große Flächen des primären Regenwaldes genauso wie in Burma. Das man versucht hier den Ökologie-Aspekt in die weitere Beziehung miteinzubringen, und zwar aus grundsätzlich strategischer Einsicht.

Worin besteht denn nun die Politik des Parlaments gegenüber den ASEAN-Ländern?

Kurz gesagt: Die konkrete Politik mit ihren ökonomischen Auswirkungen wird auf der Ratsebene entschieden. Darauf hat dieses Parlament keinen direkten Einfluß, was wir ja innerhalb der EG mit der Klage gegen den Maastricht-Vertrag und dem öffentlichen Hinweis auf das Demokratiedefizit thematisiert haben. Dieses Parlament ist eben kein Parla-

ment, das Macht hat, den Rat demokratisch zu kontrollieren. Der Rat handelt aber mit seiner Macht auf einer ökonomischen und politischen Ebene, auf der die anderen Politikbereiche eine untergeordnete Rolle spielen.

Das Parlament kann somit auch nur komplementär arbeiten. Es gibt eine Parlamentsdelegation zwischen der EG und den ASEAN-Staaten. Doch auch diese Delegation wird von ihren Mitgliedern mehr oder weniger wirtschaftspolitisch genutzt. Wir haben aber über diese Delegation die Möglichkeit, auch andere Politikfelder mit in die Diskussion zu bringen, z.B. Menschenrechtsfragen oder ökologische Fragen.

Und geschieht das?

Ich habe das immer probiert. Um ein konkretes Beispiel im Menschenrechts- oder Ökologiebereich zu nennen: Aufgrund einer solchen Reise und der vorhergehenden und folgenden Solidaritätsarbeit wurde ein politischer Gefangener in Thailand wie Sue Darn (ehemaliger Anhänger der KP Thailands, d.Red.) nicht hingerichtet. Oder im letzten Jahr in Singapur: Dort konnte ich den politischen Gefangenen Chia They Poh besuchen. Einige Monate später durfte er sich zumindest innerhalb des Stadtstaates frei bewegen.

Würdest Du das auf den Druck der EG zurückführen?

Unter anderem, wie mir von Beobachtern erzählt wurde. Aber weniger der EG. Sondern des individuellen, politischen und menschenrechtsorientierten Einsatzes als MdEP, mit der Reputation der EG im Rücken.

Ich erinnere mich auch an die Delegationsreise nach Indonesien im letzten Jahr. Dort ging es erst einmal um wirtschaftliche Beziehungen. Die Ost-Timor-Frage sollte ausgeklammert werden. Dann habe ich das Massaker von Dili in die Diskussion gebracht. Uns wurde gesagt, Indonesien sei auf den Weg der Demokratisierung. Es gäbe einen Untersuchungsausschuß und die verantwortlichen Militärs würden jetzt zur Rechenschaft gezogen. Dies zeige, daß Indonesien sich demokratisiere. Dies sei kein Staats-Massaker gewesen, sondern ein Unfall. Ich habe daraufhin in die Diskussion eingebracht, daß es Dokumente gäbe, die etwas anderes aussagen, z.B. einen Film, den wir im Europaparlament dazu gezeigt haben. Einige mitgereiste Kollegen und Kolleginnen kannten ihn. Ich fügte hinzu, daß wir uns nicht belügen lassen würden. Da es öffentlich gesagt wurde, erschien es dann auf den Titelseiten der Tageszeitungen als Kritik an der Regierung und am Demokratisierungsprozeß. Zudem war es eine Unterstützung der Befreiungsbewegung in Ost-Timor. Daraufhin entwickelte sich eine heftige Diskussion innerhalb der

Delegation und von indonesischer Seite wurden alle Delegationspartner für diese Gespräche ausgewechselt. Die haben natürlich qualifiziertere Leute geholt.

Ich denke, daß derartig vorbereitete Delegationsreisen ein Versuch von Regierungsseite sind, ein Bild von einem sich wandelnden Indonesien in der europäischen Öffentlichkeit darzustellen, das nicht der Realität entspricht. Es dient der Herrschaftssicherung und soll natürlich die ökonomischen Kräfte unterstützen. Unser Delegationsleiter, der Abgeordnete Rinsche (CDU), war zusammen mit der Clique der Indonesier an der Knüpfung von ökonomischen Beziehungen interessiert und versuchte, die

Stimmung beider Seiten geleistet. Die eigentliche Politik wird aber über die Ratsschiene gemacht.

Gibt es in Bezug auf die Südostasienpolitik eine Unterscheidung nach Nationen, also daß sich etwa die Franzosen mehr für das ehemalige Indochina interessieren?

Ja, da gibt es sehr enge Bindung aufgrund der alten Kolonialgeschichte. In Indonesien sind natürlich die Niederländer besonders aktiv. Oder man kann in Bezug auf Ost-Timor feststellen, daß die Portugiesen, quer durch die Fraktionen, hier ein besonderes Engagement zeigen. Aufgrund ihrer historischen Verantwor-



Chia Tye Poh und Wilfried Telkämper in Sentosa am 24.9.1992

Foto: Privat

politische Situation Indonesiens zu verwischen. Und da ist es natürlich möglich, diese Delegation als Ansatzpunkt zu nutzen, um dort Öffentlichkeit herzustellen und hier über den Charakter der Regierung zu informieren. Für mich macht es Sinn, diese Reisen für unsere Politikansätze zu nutzen und in enger Absprache mit Solidaritätsgruppen, NGOs Menschenrechtsgruppen, kurz den radikal-demokratisch progressiven Kräften, eine solche Reise vor- und nachzubereiten.

Diese parlamentarischen Delegationsreisen sind stark von den Einzelinteressen ihrer Teilnehmer/innen geprägt. Es gibt z.B. eine enge Beziehung zwischen der Stadt Hamburg und dem Stadtstaat Singapur aufgrund der Bedeutung ihrer Häfen. Somit hatte die sozialdemokratische Kollegin aus Hamburg ein besonderes Interesse, mit der Regierung Singapurs zu kommunizieren. Diese Reisen haben eher einen diplomatischen Charakter. Hierbei wird ein Beitrag zur politischen

tung. Sie haben ja auch die Probleme hinterlassen.

Hat der Besuch Kohls in Indonesien und Singapur Anfang dieses Jahres konkrete Auswirkungen auf die EG-Außenpolitik oder liegen diese im festgelegten Rahmen der EG-Politik?

Eine solche Reise Kohls hat im Rahmen des Parlaments keine Auswirkungen und ist kein Thema.

Und innerhalb des Rates?

Es wird innerhalb des Rates vermutlich berichtet. Da wird in jedem Fall aus Interesse der BRD ein Konzept für eine gemeinsames Politik vorgelegt. Nicht umsonst gilt dann eben auch Genscher als derjenige, der hier einiges vorangetrieben hat. Der wird solche Konzepte vorgestellt haben. Da die Ratssitzungen aber nicht öffentlich sind, und wir die Papiere nicht erhalten und nicht kontrollieren können, wissen wir das nicht. Lediglich offizielle Verlautbarungen ver-

gleichbar mit Presseerklärungen, sind uns zugänglich.

Welche Auswirkungen hat denn das Aufgreifen von politischen Fragestellungen wie Menschenrechte, Demokratisierung, Schutz der Umwelt, Unterstützung von Nicht-Regierungsorganisationen in Bezug auf Südostasien durch das Parlaments auf die Ratspolitik? Wie ist das z.B. bei der Frage des Schutzes der Regenwälder insbesondere in Südostasien?

Also durch die Betonung dieses Problems im Parlament und durch die Aktionen, die wir gemacht haben, wird natürlich ein Klima geschaffen, das den Rat unter Druck setzt. Wenn Resolutionen mit der Forderung eines Importstopps für tropische Hölzer in die EG vom Parlament verabschiedet werden, setzt dies natürlich den Rat unter einen gewissen politischen Druck. Das Parlament hat in Bezug auf den Regenwald sich für ein Moratorium – das war der Kompromiß – von Holzprodukten aus Sarawak und für ein Öko-Label entschieden. Der Rat stellt sich auf den Standpunkt, daß der freie Handel im Vordergrund stehen muß. D.h. der Rat spricht auch mit den Ländern darüber. Somit wird es thematisiert. Dennoch vertritt er die Position, daß der sogenannte freie Handel im Vordergrund stehe.

Wir haben es geschafft, eine Diskussion zu eröffnen, die das Problem Sarawak in die Kommission und den Rat hineingetrieben hat. Eine Konfrontation mit der malaysischen Regierung war dann unvermeidlich. Das ist natürlich auch ein Stück Kontrollfunktion gegenüber Rat und Kommission und ein Stück Unterstützung für die Menschen in Sarawak.

Geht es dabei nur um die Situation in Sarawak, oder wird auch die Situation in Indonesien aufgegriffen?

Es ging uns hauptsächlich um Sarawak. Wobei, wie ich schon vorhin sagte, Vietnam und Burma mit dem Regenwaldproblemen auch thematisiert wurden.

Als wir in Indonesien waren, habe ich das Problem Siberut in die Diskussion gebracht, worauf der (indonesische) Umweltminister sagte, diese Insel kenne er gar nicht.

Gibt es vom Rat eine Position zur Menschenrechtsfrage in Südostasien?

Ja. Die wirtschaftlichen Interessen sind zwar die primären, aber es gibt eine Politik der EG-Mitgliedstaaten bei neuen Kooperationsverträgen auch die Menschenrechtsfrage zu thematisieren.

Wenn das Parlament zu bestimmten Fragen Positionen oder Resolutionen verabschiedet hat, spielen sie dann auch bei den Kooperationsabkommen eine Rolle?

Wenn das Parlament sich z.B. mit dem Massaker in Dili (Ost-Timor) ausführlich beschäftigt hat, folgt die Aufforderung, daß die verabschiedete Resolution und die damit verbundene Diskussion über den Rat an die entsprechende Regierung weitergegeben wird. Die Positionen sollen selbstverständlich auch in die Verhandlungen einfließen.

Dann sagen die ASEAN-Staaten aber, diese Kritik bezüglich Ost-Timors wird zurückgewiesen. Aufgrund dieser Kritik haben die Malaysier gelernt, sich das zu verbitten, so etwas immer als innerstaatliche Angelegenheiten zu bezeichnen und den Spieß umzudrehen, und zu fragen, was ist denn z.B. in Nord-Irland los oder wie geht ihr mit euren Ausländern in der BRD um. Damit wird der ideologische Mißbrauch der Menschenrechtsfrage aufgrund der Interessen der EG neutralisiert. Bei der Delegationsreise nach Indonesien wurden wir konkret auf die ausländerfeindlichen Ausschreitungen und Brandanschläge in Rostock angesprochen. Natürlich diskutiert dann die BRD auch nicht mehr so gerne über solche Fragen.

Gibt es eine explizite Politik der EG zur Kambodschafrage und dem Einsatz der UNO?

Ich würde sagen, das kommt unter ferner liefen und wird in der EG eher auf nationaler Ebene behandelt. Es ist eher eine französische Angelegenheit. Im Parlament hängt das dann wieder von Einzelinitiativen wie z.B. Cheysson ab.

Welche idealtypischen Beziehungen sollten deiner Meinung nach zwischen der BRD bzw. der EG und den Ländern der sogenannten 3. Welt bestehen?

Die aktuelle Hauptfrage ist die Verschuldungssituation. Es muß eine globale Entschuldung beziehungsweise Streichung der Schulden geben. Die Terms of Trade müssen wieder Diskussionsthema werden. Und das, was grünes Programm ist, der Umbau der Industriegesellschaft, mit dem Konzept der Selbstbeschränkung und der Selbsteinbindung, muß möglichst bald umgesetzt werden. Das heißt, wir müssen bei uns die Produktionsweise und die Lebensweise verändern. Wir müssen an dem Punkt klar machen, daß Deutschland und die EG-Staaten zu den reichsten Ländern der Welt gehören, deren Reichtum auf Kosten der südlichen Länder entstanden ist.

Ich will aus der EG-Sicht ein Beispiel nennen: Um den Fleischberg in der EG produzieren zu können, bräuchten wir die doppelte Fläche allein zum Anbau der Futtermittel. Somit brauchen wir Substitute unter anderem auch aus Südostasien. Die Politik und die Verbraucher müssen hier umdenken. Es muß hier eine andere Produktion stattfinden und das heißt konsequenter Weise auch weniger Fleischkonsum.

Wir müssen Waffenproduktion und Waffenexporte vollständig einstellen. In Südostasien ist z.B. Indonesien ein guter Kunde. Die EG verdient an diesen Waffenexporten, stützt die autoritäre Regierung dort und eröffnet sich einen weiteren Markt, z. B. für den neuen von Siemens und FRAMATOM entwickelten Euroreaktor. Diese Produktion und solche Exporte dürfen nicht stattfinden. Das wäre die Konsequenz der Politik der Selbstbeschränkung.

Auch Importe aus der Region müssen sich diesem Maßstab unterwerfen. Angesichts des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Interessen der Menschen in Sarawak und der Klimasituation auf der Erde, darf kein Tropenholz mehr abgeholzt werden. Es muß also einen Importstopp bei uns geben. Das wäre eine konkrete politische Maßnahme, die man auch sofort umsetzen kann. Da die ASEAN-Staaten nicht mehr zu den klassischen 3. Welt-Ländern gehören und Fertigprodukte wie elektronische Güter exportieren, halte ich es für richtig, über die Form der Produktion dieser Güter zu diskutieren. Zu dieser Produktion gehören auch der Faktor humane Produktion und auch die Globalisierung gewerkschaftlicher Rechte. In einer solchen Diskussion zeigt sich schnell, daß die Forderung nach Freihandel ideologisch geprägt ist. Und da bin ich gegen einen freien Handel, wenn niedrige Preise dadurch erzielt werden, daß z.B. keine gewerkschaftlichen Rechte gewährleistet sind. Da es Produktionszonen gibt, die außerhalb jeglicher gesellschaftlicher Kontrolle liegen, müssen wir aus internationaler Solidarität Importkriterien festlegen. Gerade dann, wenn wir von der Universalität der Menschenrechte sprechen. Ich denke diese Gesichtspunkte müssen in die bilateralen Beziehungen oder die Gespräche zwischen der EG und ASEAN eingebracht werden. Was in der Folge dann heißen wird, entweder durch Zölle die Preise zu verändern oder Kontingentierung einzuführen. Für uns aber heißt das, den Umbau der Industriegesellschaft zu forcieren.

Das Ziel soll eine Regionalisierung der Produktion sein, mit der Konsequenz, daß für Südostasien entsprechend unserer politischen Sichtweise kein Interesse mehr besteht, die elektronischen Güter um die halbe Erde zu transportieren. Umgekehrt gilt das für die Produkte der EG. Angesichts der beschränkten globalen Ressource Energie und auch zur Erhaltung des Klimas, bleibt uns gar kein anderer Weg.

Das Interview führte Peter Franke.